

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Annegret Bendiek/Moritz Wiesenthal

In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU klafft wie einst von Christopher Hill formuliert eine große Lücke zwischen hohen Erwartungen und mangelnden innereuropäischen Kapazitäten zur außenpolitischen Handlungsfähigkeit. Die Covid-19-Pandemie bot jedoch eine einmalige Gelegenheit für den neuen Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HV) Josep Borrell, die multilaterale Orientierung der EU zu stärken. Die (Miss-)Erfolge der EU als Krisenmanagerin liegen auch weiterhin in den anhaltenden Fragmentierungstendenzen innerhalb der NATO, aber auch in der EU im Hinblick auf ihre Partnerschaftsbeziehungen zu den USA und der Türkei begründet. Gleichwohl liegt die schöpferische Kraft einer geopolitischen Neupositionierung der EU in der ökonomischen und regulativen Macht des weltweit größten Binnenmarkts. Europäische Außenpolitik verstanden als eine Binnenmarktaußenpolitik kann sich jedoch schnell im Widerspruch zu multilateralen Prinzipien der EU befinden.

Institutionelle Veränderungen und außenpolitischer Paradigmenwechsel

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 und die damit einhergehende Neubesetzung der Europäischen Kommission gingen mit institutionellen Veränderungen einher, welche auch die vertraglich verankerte Bandbreite des auswärtigen Handelns der EU widerspiegeln und die intergouvernementale Sonderrolle der GASP und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hervorheben.

Zudem rief von der Leyen eine „geopolitische Kommission“ aus, die mit dem Anspruch einer globalen Führungsrolle auftreten solle.¹ Zur institutionellen Umsetzung dieses Anspruchs sind künftig fünf Kommissare für Teilgebiete der GASP verantwortlich, unter anderem für Erweiterungspolitik, Internationale Partnerschaft, Krisenmanagement und für die Förderung der europäischen Lebensweise. Im Bereich der globalen Umweltpolitik tangiert das Ressort des Exekutiv-Vizepräsidenten Frans Timmermans die EU-Außenpolitik. Die Kompetenzen für Europas digitale Selbstbehauptung liegen derzeit fragmentiert bei den Mitgliedstaaten und der Kommission, sodass abzuwarten bleibt, ob die Kräfte in der Kommission gebündelt werden und alle Akteure international für europäische Werte und Normen sowie technische Standards eintreten.

Bei der Neubesetzung des Amtes des HV fiel die Wahl auf den ehemaligen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Josep Borrell. Der 1947 geborene Borrell gilt als wenig diplomatisch, verfügt jedoch über ausgewiesene Ministerialerfahrung und bekleidete in der Vergangenheit unter anderem das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments. Seine offene Kommunikationsform wurde insbesondere zu Beginn seiner Amtszeit in diplomatischen Kreisen wenig goutiert.²

1 Ursula von der Leyen: Rede der gewählten Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Parlament anlässlich der Debatte zur Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und seines Programms, 27.11.2019, SPEECH/ 19/640800.

2 Diego Torres: Josep Borrell: Europe's undiplomatic envoy, in: Politico, 30.7.2019.

Vor diesem Hintergrund überraschte die direkte Art kaum, in der Borrell nach Amtsantritt seine angestrebten Ziele für die GASP umriss. Diese lassen sich auf den Anspruch eines geopolitischen Rollenwechsels der EU kondensieren, in dessen Rahmen der Staatenverbund die „Sprache der Macht“ neu erlernt und seinen Umgang mit strategischen Akteuren wie China, Russland und den USA neu definiert.³ So plädierte der HV gemeinsam mit dem Kommissar für den Binnenmarkt für eine Verflechtung verschiedenster Instrumente des auswärtigen Handelns der EU, vor allem der Handels- und Investitionspolitik, mit diplomatischen Bemühungen, aber auch mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmen. Konkrete Initiativen kündigte der Spanier unter anderem für die verschiedenen Krisensituationen in der unmittelbaren und erweiterten Nachbarschaft der EU sowie für die Beziehungen zu Afrika an.

In der Ambition, die EU als *pares inter pares* auf der geopolitischen Bühne zu positionieren, unterscheidet sich der neue HV von seiner Vorgängerin Federica Mogherini. Diese hatte im Rahmen der 2016 veröffentlichten Globalen Strategie Resilienz als strategisches Leitbild der EU-Außenpolitik hervorgehoben.⁴ Der neue machtpolitische Anspruch der GASP vollzieht sich zunächst nur auf rhetorischer Ebene, indem der HV die strategische Kommunikation und die Abwehr von Desinformationskampagnen unter Bezugnahme des Europäischen Auswärtigen Dienst forcierte und für seine Außendarstellung in Anspruch nimmt. Dies wird insbesondere in den Beziehungen zu den USA und China deutlich.

Neupositionierung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Im vergangenen Jahr verstetigten sich die anhaltenden Zermüblingserscheinungen im transatlantischen Bündnis und zeigten sich unmittelbar in der Handelspolitik. Die USA erhöhten nicht nur die Einfuhrzölle auf EU-Produkte, sondern drohten im Juni 2020 mit neuen Zöllen auf Produkte aus Frankreich, Spanien, Deutschland und Großbritannien.

Mittelbare Risse im transatlantischen Verhältnis entstanden insbesondere in den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten. In den Auseinandersetzungen zwischen den USA und Iran, die im Januar 2020 in der Tötung des iranischen Generals Soleimani und im Angriff auf eine US-amerikanische Militärbasis im Irak gipfelten, offenbarte sich eine doppelte Trennlinie in der GASP. Einerseits versuchte sich die EU als Mittlerin zu positionieren und rief wiederholt zu Deeskalation und Zurückhaltung auf. Die unglückliche Krisenkommunikation, in deren Rahmen der neue Präsident des Europäischen Rates Charles Michel auf die Tötung Soleimanis reagierte, bevor der HV eine Erklärung abgegeben hatte, zeigte deutlich den anhaltenden interinstitutionellen Machtkampf zwischen den EU-Institutionen in der EU-Außendarstellung. Andererseits unterstützten Deutschland, Frankreich und Großbritannien (E3-Staaten) das Vorgehen der USA in einer gemeinsamen Erklärung zur Deeskalation, die nicht von allen EU-Mitgliedstaaten mitgetragen wurde.

Hinsichtlich des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) bekräftigten sowohl die E3-Staaten als auch die EU ihre Absicht, an dem Abkommen mit Iran festzuhalten. Der Handelsgesellschaft INSTEX, die unter Vermeidung US-amerikanischer Sanktionen Handel mit Iran ermöglichen soll, traten sechs weitere europäische Staaten bei. Bis April 2020 wurde allerdings nur eine einzige Transaktion über das Instrument durchgeführt, die Medizinprodukte zur Bekämpfung des Covid-19-Ausbruches in Iran betraf. Darüber

3 Europäisches Parlament: Press Release: Hearing with High Representative/Vice President-designate Josep Borrell, 7.10.2019, 20190926IPR62260.

4 Annegret Bendiek/Moritz Fessler: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, Baden-Baden 2018, S. 295-300.

hinaus ist über INSTEX auch weiterhin nur der Handel mit Gütern zulässig, die ohnehin von den Sekundärsanktionen der USA ausgenommen sind.

Im Umgang mit dem Nahostkonflikt zeigt sich wie eh und je die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit europäischer Handlungsfähigkeit unter Einbindung des Vereinigten Königreichs. Seit der Wahl Boris Johnsons im Dezember 2019 war London streckenweise mit transatlantischen Anbandlungsversuchen aufgefallen, unter anderem hinsichtlich der US-Friedensinitiative für den Nahen Osten sowie im Rahmen einer US-Task Force für die Straße von Hormuz. Nachdem die Trump-Administration Ende Januar 2020 eine Initiative zur Schaffung einer Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina vorgestellt hatte, blockierten mehrere Mitgliedstaaten eine gemeinsame Resolution im Rat der EU als Reaktion. Dennoch kritisierte der HV Borrell die Vorschläge scharf und sprach von einer Abkehr von internationalen Vereinbarungen. Ein ähnliches Muster wiederholte sich nach dem Treffen der Außenminister im Mai 2020. Dort gelang keine konkrete Einigung auf eine gemeinsame Vorgehensweise im Fall israelischer Annexionen des Westjordanlands. Gleichzeitig rief jedoch der HV zu mehr Druck auf Israel auf und erklärte, ein unilaterales Vorgehen der Regierung in Jerusalem wäre mit Konsequenzen verbunden.

Dass die GASP gegenüber China folgenlos bleibt, ist mit den unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen der Mitgliedstaaten in Asien zu begründen. Im Mai 2020 knüpfte der HV an das EU-Strategiepapier für die Beziehung zu China von 2019 an, welche das Land als systemischen Rivalen einstuft, und warb für neues Selbstbewusstsein gegenüber Peking. Im Juni 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Weißbuch zu Subventionen aus Drittstaaten in der EU, das als Reaktion auf die wiederholt abgewiesene Forderung nach einem gleichberechtigten Marktzutritt für europäische Unternehmen auf dem chinesischen Markt verstanden werden kann. Diese Forderung hatte wiederholt im Zentrum der Debatte mit der Führung in Peking gestanden und konnte auch beim virtuellen EU-China Gipfel im selben Monat nicht ausgeräumt werden.

Zeitgleich spitzten sich im Herbst 2019 die Diskrepanzen im Umgang mit dem Netzbetreiber Huawei im Binnenmarkt zu. Eine vorläufige europäische Positionierung hinsichtlich der Zulassung des chinesischen Unternehmens, dem staatliche Zugriffsmöglichkeiten unterstellt werden, wurde mit der „EU-5G Toolbox“ gefunden, die Prüfkriterien und Standards für dessen Zulassung vorsieht. Die starke Politisierung dieses Themas kann auf die sehr unterschiedlichen ökonomischen Verflechtungen einzelner Mitgliedstaaten zurückgeführt werden. Die Trennlinien der GASP im Umgang mit China wurden offensichtlich, als der HV Borrell in einem Beitrag in mehreren europäischen Tageszeitungen zu diplomatischer Disziplin aufrief und die Mitgliedstaaten aufforderte, dem chinesischen Ansatz von „teile und herrsche“ gemeinsam entgegenzutreten.

Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch des neuen HV und den divergierenden Positionen der Mitgliedstaaten verdeutlichte sich erneut, als der chinesische Volkskongress Ende Mai 2020 den Auftrag für ein neues Sicherheitsgesetz für Hongkong verabschiedete. Trotz Borrells Forderung nach einer „robusteren“ Strategie gegenüber der Volksrepublik gelang es den Mitgliedstaaten erst nach mehrmaligen Anläufen, sich im Juli 2020 als Reaktion auf das Sicherheitsgesetz auf gemeinsame Maßnahmen wie den Ausfuhrstopp von Überwachungstechnologien und von Dual-Use-Gütern zu einigen.⁵ Trotz kleinerer diplomatischer Erfolge, wie die auf Betreiben der EU verabschiedete Resolution der Welt-

5 Barbara Wesel: Europa zu Hongkong: Klare Worte, keine Taten, in: Deutsche Welle, 29.5.2020.

gesundheitsorganisation (WHO) zur Covid-19-Pandemie, kann Europa dem deutlich formulierten globalen Führungsanspruch Chinas nur punktuell in seine Grenzen weisen.⁶

Krisenmanagement im Spannungsfeld EU–NATO

Auch in den Krisenfeldern der mittel- und unmittelbaren Nachbarschaft offenbarten sich im zurückliegenden Jahr zunehmend folgenreiche Auflösungserscheinungen in der GASP, die maßgeblich in der Unstimmigkeit zwischen den EU-Staaten sowie der EU und NATO begründet sind. Mit Abstand am deutlichsten zeigte sich dies im Umgang mit dem Bürgerkrieg in Libyen. Nachdem der Befriedigungsprozess der Vereinten Nationen (United Nations, UN) im April 2019 gescheitert war, fanden sich Frankreich und Italien auf unterschiedlichen Seiten des Konfliktes wieder. Die Uneinigkeit spiegelte sich auch in der Unfähigkeit der EU, das im Berliner Prozess im Januar 2020 bekräftigte UN-Waffenembargo gegen beide Konfliktparteien mit Wirtschaftssanktionen zu untermauern. Stattdessen einigte man sich nach intensiven Verhandlungen auf die Einsetzung der Mittelmeeroperation Irini, deren zentrale Aufgabe die Durchsetzung des UN-Waffenembargos ist.⁷ Als folgenschwer erwies sich die Vermengung der Operation mit migrationspolitischem Kalkül, in dessen Rahmen Malta zunächst die Ernennung des italienischen Admirals der Mission blockierte. Die divergierende Interessenlage der Europäer blieb nicht auf die Frage der Mandatierung der Operation beschränkt, sondern offenbarte auch eine gänzlich fehlende EU-NATO-Zusammenarbeit. Dies wurde offensichtlich, als im Juni 2020 türkische Kriegsschiffe die Durchsuchung eines Frachtschiffes im Rahmen der EU-Operation Irini verhinderten.⁸

Im Umgang mit dem anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien blieb das Engagement der EU auf humanitäre Hilfe begrenzt. Zwar gelang trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage aufgrund der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Krise die Durchführung der IV. Internationalen Geberkonferenz, bei der Hilfszahlungen in Höhe von 6,9 Mrd. Euro zugesagt wurden und im Mai 2020 verlängerte die EU ihre Sanktionen gegen das syrische Regime um ein weiteres Jahr.⁹ Hinsichtlich einer politischen Lösung des Konflikts vertieften sich jedoch die innereuropäischen Trennlinien. Mehrere Mitgliedstaaten zogen eine Wiedereröffnung ihrer Botschaften in Damaskus in Betracht oder nahmen Beziehungen zu Personen aus dem Führungskreis des syrischen Regimes auf.¹⁰ Die Inkonsistenz der Europäer sowie die Zerstrittenheit innerhalb des NATO-Bündnisses verunmöglichten eine nachhaltige Konfliktlösung im Syrien-Konflikt. Im Zuge der Eskalation der kriegerischen Auseinandersetzungen um die syrische Provinz Idlib im Februar 2020 öffnete der türkische Präsident Erdogan die Grenzen für Flüchtlinge auf dem Weg nach Griechenland. Erst nach einem Krisentreffen mit Kommissionspräsidentin von der Leyen in Brüssel einigten sich beide Seiten auf eine Rückkehr zum Flüchtlingspakt von 2016.

Die Zerwürfnisse im Bündnis haben auch Auswirkungen auf die östliche Flanke europäischer Sicherheit. Während der französische Präsident Emmanuel Macron im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz für eine europäische Sicherheitsstrategie unter Einbezug Russlands warb und mit seinen Äußerungen zum Zustand der NATO im

6 Anna Katharina Stahl: Überlegen macht überlegen, in: IPG Journal, 15.6.2020.

7 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

8 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Türkei“, „Zypern“ und „Energiepolitik“ in diesem Jahrbuch.

9 Rat der EU: Pressemitteilung: Syrien: Sanktionen gegen das Regime um ein Jahr verlängert, 28.5.2020, Dok-Nr. 345/20.

10 Muriel Asseburg: Von Ideal und Wirklichkeit, in: IPG Journal, 20.4.2020.

November 2019 für Aufsehen sorgte, meldete Estland im Juli 2020 Waffenlieferungen an die Ukraine zur Unterstützung im Kampf gegen die Separatistengruppen. Im Konflikt in der Ostukraine hatten sich im Rahmen eines Treffens im Normandie-Format in Paris im Dezember 2019 zunächst positive Entwicklungen abgezeichnet. Dabei einigten sich die vier Mitglieder Deutschland, Frankreich, die Ukraine und Russland auf Gefangenenaustausche und neue Frontabschnitte für einen Abzug der Truppen. Nach erneuten Kampfhandlungen und einer ausbleibenden Umsetzung der Beschlüsse verlängerte die EU jedoch ihre Wirtschaftssanktionen bis Januar 2021.¹¹ Ein Treffen auf Beraterebene im Juli 2020 bekräftigte zwar die Beschlüsse von Paris, verblieb aber ohne konkreten Plan für ein erneutes Gipfeltreffen. Gleichzeitig vertieften sich die innereuropäischen Gräben im Hinblick auf eine Konfliktlösung in der Ostukraine.

Keine Nachbarschaftsregion der EU hat bisher die Möglichkeit eines effizienten komplementären Einsatzes militärischer und diplomatischer Instrumente von EU und NATO derart aufgezeigt wie Südosteuropa. Mit wachsenden externen Einflüssen von Drittstaaten wie Russland, Türkei, China oder Saudi-Arabien auf die innenpolitische (In-)Stabilität der südosteuropäischen Staaten wird jedoch zunehmend deren EU-Beitrittsperspektive in Frage gestellt. Als schwerwiegend erwiesen sich die EU-internen Differenzen im Rahmen der Erweiterungspolitik.¹² Einem Veto aus Paris folgte im November 2019 eine schriftliche Unmutsbekundung über fehlende Fortschritte durch eine Gruppe von Mitgliedstaaten um Österreich und Italien. Zwar gelang es den Staats- und Regierungschefs, sich im März 2020 auf den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit den beiden Ländern zu einigen¹³ und im Juli 2020 legte die Europäische Kommission einen entsprechenden Verhandlungsrahmen vor.¹⁴ Beim virtuellen Balkangipfel im Mai 2020 bekräftigten die Mitgliedstaaten jedoch nur die europäische Perspektive des Westbalkan, ohne konkrete Zieldaten zur Erweiterung zu nennen.¹⁵

Das multilaterale Versprechen der EU in der Covid-19-Pandemie

Als die Covid-19-Pandemie im März 2020 zunehmend den europäischen Kontinent erreichte, trat die Relevanz klassischer außenpolitischer Themen in den Hintergrund. Die Pandemiesituation schuf gleichwohl ein Gelegenheitsfenster für das multilaterale Engagement der EU in Form von Sofortmaßnahmen zur Bereitstellung medizinischer Unterstützung und Hilfszahlungen zur Abfederung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen. Die EU kündigte mit 3,3 Mrd. Euro das größte Unterstützungspaket zur Bewältigung der durch die Pandemie ausgelösten Krise für den Westbalkan an. Die Finanzmittel waren vor allem für den Gesundheitssektor und die humanitäre Soforthilfe für Flüchtlinge vorgesehen. Gleichzeitig nahm die Kommission die Region vom Ausfuhrstopp für persönliche Schutzausrüstung aus. Den Ländern der Östlichen Partnerschaft stellte sie 80 Mio. Euro für Direkt-hilfen in Aussicht und sagte weitere 966 Mio. Euro für die wirtschaftliche Erholung zu.

11 Rat der EU: Russland: Rat verlängert Wirtschaftssanktionen wegen Ukraine-Krise um weitere sechs Monate, 29.6.2020, Dok-Nr. 449/20.

12 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“, „Nordmazedonien“ und „Südosteuropapolitik“ in diesem Jahrbuch.

13 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Kommission begrüßt grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien, 25.3.2020, IP/20/519.

14 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Kommission entwirft Verhandlungsrahmen für Albanien und Nordmazedonien, 1.7.2020, IP/20/1021.

15 Europäischer Rat: Erklärung von Zagreb, 6.5.2020, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/43774/zagreb-declaration-de-06052020.pdf> (letzter Zugriff: 28.9.2020).

Für die südlichen Nachbarstaaten bewilligte die EU Finanzmittel von über 2,2 Mrd. Euro, von denen der Großteil ebenfalls für den Wiederaufbau der Wirtschaft vorgesehen ist.¹⁶

Auf globaler Ebene gründete die Europäische Kommission gemeinsam mit anderen Ländern die Initiative „Global Response“. Zentrales Ziel des Formats war zunächst die Ausrichtung einer Geberkonferenz und eines Spendengipfels zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen, bei dem Ende Juni 2020 insgesamt knapp 16 Mrd. Euro mobilisiert werden konnten.¹⁷ Empfänger der Gelder sind insbesondere die WHO sowie mehrere Allianzen zur Entwicklung von Impfstoffen und Heilmitteln.

In der multilateralen Ausrichtung der GASP katalysierte die globale Positionierung Chinas die Notwendigkeit einer strategischen Kommunikationsfähigkeit der EU in ihrer Außendarstellung. Mit dem Bekenntnis zu einem Impfstoff als öffentliches Gut, der Geberkonferenz und einer trotz erheblicher Widerstände verabschiedeten Resolution zur Covid-19-Pandemie gelang der EU hierbei eine Positionierung als Akteurin mit Führungsanspruch. In Anbetracht der ansonsten streckenweise dissonanten EU-Außenpolitik lassen diese kleineren Erfolge zumindest das Potenzial der Krise für die GASP im Allgemeinen und die Entwicklung einer eigenen globalen Identität im Besonderen erkennen.

Fazit

In der Konzeptualisierung einer „geostrategischen Kommission“ spiegelt sich deutlich die Anspruchshaltung der neuen Europäischen Kommission und des HV Borrell, die EU als globalen Akteur mit eigener „Weltpolitikfähigkeit“ (Jean-Claude Juncker) zu positionieren. Neben außenpolitischen Entwicklungen dürfte für das Umsetzungspotenzial dieses Anspruchs in den nächsten Jahren auch entscheidend sein, inwieweit es gelingt, die Kompetenzdiffusion in der neuen Kommission zugunsten einer kohärenten Aufgabenteilung in der GASP aufzulösen. Die diplomatischen Erfolge der GASP im Systemkampf zwischen den USA und China deuten auf das bisher ungenutzte Potenzial der neu besetzten Institutionen hin. Trotz der nur kurzen Einarbeitungsphase bis zum Beginn der Krise gelang der EU besonders in Form von Direkthilfen und diplomatischem Engagement eine bemerkenswerte außenpolitische Reaktion auf die globale Pandemie.

Eine zentrale und langfristige Herausforderung stellt der Umgang mit dem afrikanischen Kontinent dar. Eine abschließende Agenda, in der auch die strategischen Prioritäten für die nächsten Jahre verankert werden sollen, ist für den EU-Gipfel mit der Afrikanischen Union 2021 vorgesehen.¹⁸ Die EU scheint auf dem Weg einer eher interessensgeleiteten Außenpolitik zu sein, die sehr leicht im Widerspruch zu den vertraglich verankerten normativen Prinzipien der EU als multilateraler Akteur geraten kann, wenn sie vor allem dem Schutz des Binnenmarkts und des EU-Territoriums verpflichtet ist.

Weiterführende Literatur

Annegret Bendiek/Barbara Lippert: Die Europäische Union im Spannungsfeld der sino-amerikanischen Rivalität, in: Barbara Lippert/Volker Perthes (Hrsg.): Strategische Rivalität zwischen USA und China, in: SWP-Studie 2020/S 01.

16 Europäische Kommission: EU response to the coronavirus pandemic, 22.9.2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news_corner/eu-response-to-the-coronavirus-pandemic_en (letzter Zugriff: 28.9.2020).

17 Europäische Union: Coronavirus Global Response, 2020, abrufbar unter: https://global-response.europa.eu/index_de (letzter Zugriff: 28.9.2020).

18 Europäische Kommission: Pressemitteilung: EU ebnet den Weg für eine stärkere und ehrgeizigere Partnerschaft mit Afrika, 9.3.2020, IP/20/373.